

Situation Asyl 2014/15

Positionen der AfD Bayern (gekürzte Fassung)

Stand 07.04.2015

Landesfachausschuss für Recht & Inneres

Erstellt von Simon Braun
simon.braun@afdbayern.de

I. Vorwort.....	1
II. Schutzarten.....	2
III. Besondere Flüchtlingsgruppen.....	2
IV. Ursachen für den Anstieg.....	3
V. Auswirkungen auf die Herkunftsstaaten.....	4
VI. Auswirkungen auf den Aufnahmestaat Bundesrepublik.....	5
VII. Auswirkungen für Wirtschaftsflüchtlinge.....	5
VIII. Strategien.....	6

I. Vorwort

Im Jahr 2014 hat die Bundesrepublik Deutschland mit 202.834 Asylanträgen die höchste Zahl von Asylanträgen seit 1997 erlebt. Jeder 5.Antrag weltweit wurde hierzulande gestellt, kein anderes Land der Welt hat eine höhere Antragsquote zu verzeichnen. Für das Jahr 2015 erwartet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Anstieg auf 300.000 Anträgen. Diese Einschätzung wird wohl bei weitem überschritten, mit 500.000 bis 550.000 Anträgen ist zu rechnen.¹

Diese Last hat eine zunehmend überalterte Gesellschaft zu tragen, in der bereits jetzt Fachkräftemangel herrscht und mittelfristig mit einer Überlastung der sozialen Netze zu rechnen ist.

Die Kosten der Flüchtlingspolitik sind nur zu einem Bruchteil bekannt, weil eine von anderen Ausgaben getrennte Erfassung nicht stattfindet. Diese dürften jedoch im zweistelligen Milliardenbereich liegen.

Für tatsächlich durch Krieg und Verfolgung bedrohte Asylsuchende sind diese Kosten gerechtfertigt, die AfD Bayern setzt sich für die Aufnahme dieser Menschen ein, bis die Bedrohung nicht mehr besteht.

¹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-bundeslaender-erwarten-mehr-fluechtlinge-a-1024902.html>

Gleichzeitig fordert die AfD Bayern eine konsequente Abschiebung derjenigen ein, die aus wirtschaftlicher Not einen Asylantrag stellen, so verständlich deren Wunsch auch ist. Europa und die Bundesrepublik Deutschland haben bei Weitem nicht die Ressourcen, wirtschaftliche Not durch Aufnahme hunderttausender Menschen zu lindern, zumal sich die Situation in den Herkunftsländern dadurch gerade nicht ändert.

II. Schutzarten

Das deutsche Asylverfahren kennt vier Hauptgruppen von Flüchtlingen

Flüchtlingsschutz gem. Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)/Asylberechtigung nach Art. 16a GG

Zuerkennung bei nachgewiesener Verfolgung aufgrund Rasse; Religion; politischer Überzeugung; Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Ob ein Flüchtling als politisch Verfolgter oder als Flüchtling nach der GFK anerkannt wird, macht für ihn rechtlich keinen Unterschied.

Die Rechtsfolgen sind:

Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre, danach dauerhafte Niederlassungserlaubnis mit vollständigem Zugang zu Arbeitsmarkt und Sozialleistungen, erleichterter Familiennachzug.

Schutzquote 2014 25,9%; Nominal 33.310 Personen

Subsidiärer Schutz

Sind die Voraussetzungen für Flüchtlingsanerkennung/politisches Asyl nicht gegeben, kann ein subsidiärer Schutz gestattet werden. Die Zuerkennung erfolgt bei drohender Todesstrafe; Folter/unmenschlicher Behandlung; ernsthafte Bedrohung von Leib und Leben infolge bewaffneter Konflikte.

Rechtsfolgen:

Nach Zuerkennung Aufenthaltserlaubnis 1 Jahr, danach Verlängerung um jeweils 2 Jahre. Nach 7 Jahren dauerhafte Niederlassungserlaubnis mit vollständigem Zugang zu Arbeitsmarkt und Sozialleistungen, erleichterter Familiennachzug.

Es besteht Klagemöglichkeit auf Anerkennung als politisch Verfolgter oder Flüchtling nach GFK.

Schutzquote 2014 5,6%; Nominal 7.253 Personen

III. Besondere Flüchtlingsgruppen

Geduldete Asylbewerber

Diese Personengruppe sollte eigentlich abgeschoben werden, dies ist aus aber nicht möglich, weil das Herkunftsland die Person nicht zurücknimmt; die Person erkrankt ist; die Person minderjährig ist.

Rechtsfolgen:

Aufenthalts**gestattung**, bei Wegfall des Abschiebehindernisses sollte die Abschiebung erfolgen.

Weiterhin Pflicht zur Wohnungsnahme in Asylunterkunft. Zuerkennung einer

Aufenthaltsgenehmigung nur im Falle möglicher „Altfallregelungen“. Sozialleistungen dauerhaft nach

Asylbewerberleistungsgesetz, aber nach 48 Monaten äquivalent zu SGB III.
Es besteht Klagemöglichkeit auf Zuerkennung Flüchtlingsstatus/subsidiären Schutzes.

Eine Untergruppe innerhalb der geduldeten Asylbewerber sind die **Herkunftsverschleierer**. Diese Personen können nicht abgeschoben werden, weil sie Angaben zu ihrer Herkunft verweigern. Von nahezu allen begünstigenden Regelungen ist diese Gruppe ausgeschlossen.

Aktuell in Deutschland lebende Geduldete: 145.000 Personen

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Erreicht ein minderjähriger Flüchtling ohne Begleitung sorgeberechtigter Erwachsener die Bundesrepublik, so darf die Person nicht abgeschoben werden, auch nicht in einen europäischen Ersteinreisestaat. Zuständig für die Betreuung sind die lokalen Jugendämter, an dem der UMF Asyl beantragt. Zusätzlich müssen die UMF beschult werden, was die Jugendämter und Schulen vor große Probleme stellt. Bayern ist dadurch besonders belastet.

Kontingentflüchtlinge

Das Bundesministerium des Inneren kann aus humanitären Gründen definierten Gruppen von Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Ein Asylverfahren muss diese Personengruppe nicht durchlaufen. Die Aufnahme von 20.000 Personen aus Syrien ist beschlossen und z.T. bereits umgesetzt.

Rechtsfolgen: Aufenthaltserlaubnis für zunächst 2 Jahre, Verlängerung möglich.
Zugang zu Arbeitsmarkt und sozialen Leistungen möglich, Familiennachzug möglich.

IV. Ursachen für den Anstieg

Dysfunktionales Dublin II-Abkommen

Das europäische Dublin II-Abkommen schreibt vor, dass ein Asylsuchender sein Gesuch dort stellen muss, wo er erstmals Schutz vor Verfolgung findet. Einige Länder der europäischen Außengrenzen missachten das Abkommen und leisten Unterstützung bei der Weiterreise in andere europäische Länder.

Globale Bevölkerungsentwicklung

Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch in einigen asiatischen Ländern verzeichnet seit Jahrzehnten ein nahezu ungebremses Bevölkerungswachstum, was zu sozialen Spannungen und Kampf um Ressourcen führt. Hinzu kommen die Folgen veränderter klimatischer Bedingungen.

Finanzielle Anreize durch Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Das BVG hat 2012 nach Klage von Asyllobbyisten die sofort zustehenden Leistungen an Asylsuchende um knapp 50% auf knapp unter Hartz IV-Niveau erhöht. Die Höhe der Leistungen überschreiten die Verdienstmöglichkeiten durch Beschäftigung in den Herkunftsländern z.T. deutlich. Die Trennung von Sach- und Barleistungen ist weitgehend aufgehoben.

Landwirtschaftspolitik EU/USA

Durch die Subventionspolitik der EU/USA produzieren Landwirte enorme Überschüsse, was durch

billige Exporte die Binnenmärkte von Entwicklungsstaaten unter Druck setzt. Dies kostet dort Arbeitsplätze, führt zum Verlust wichtigen Wissens und erhöht letztendlich den Fluchtdruck. Selbiges gilt für die Fischereipolitik.

Einfluss nichtstaatlicher Organisationen

Großen Einfluss auf die gesellschaftliche Diskussion über die Flüchtlingspolitik haben z.B. Pro Asyl mit den ihnen angeschlossenen Flüchtlingsräten oder auch Amnesty International. Trotz relativ weniger Förderer erfahren solche Organisationen große Resonanz in den Medien und sind damit in der Lage, den Diskurs in ihrem Sinne zu steuern.

Missbrauch durch den Linksextremismus

Enge Verflechtungen des Linksextremismus und Flüchtlingsorganisationen haben sich bei Besetzung öffentlicher Plätze/Gebäude gezeigt.

Ausweitung der Gründe für Asylberechtigung

Zuletzt wurde durch den EuGH die Anerkennung Homosexueller bestätigt, die in ihrem Herkunftsland ihre Neigung nicht straflos ausleben können. Der Antrag eines Deserteurs der US-Armee ist gerichtlich noch nicht endgültig entschieden.

Tendenzielle „Unsichtbarkeit“ für Funktionseliten

Oftmals sprechen sich Spitzenpolitiker, Künstler und Musiker für eine noch liberalere Flüchtlingspolitik aus, was zur Emotionalisierung der Debatte führt. Es ist davon auszugehen, dass diese Personen von den Folgen ihrer Forderungen (Kosten, Kriminalität, Entfremdung) nicht direkt betroffen sind.

Errichtung von Diskurstabuzonen

Über die Asylproblematik hat sich der Mehltau der *Political Correctness* gelegt, eine ehrliche Diskussion ist praktisch nicht mehr möglich. Eine Möglichkeit, eigene Ansichten zu artikulieren, besteht fast nur noch für wenige Mitglieder der Gesellschaft.

V. Auswirkungen auf die Herkunftsstaaten

Entzug von Leistungsträgern in den Herkunftsländern

Oft suchen potentielle Leistungsträger um Asyl nach. Diese fehlen beim Aufbau des Herkunftsstaates.

Entledigung überschüssiger Bevölkerung

Viele Schwellen- und Entwicklungsländern sind Überbevölkert. Durch Flucht großer Teile der Bevölkerung werden in diesen Ländern zumindest kurzfristig soziale Spannungen gemindert.

Verstetigung undemokratischer Strukturen

Oppositionelle Kräfte in repressiven Ländern werden durch Flucht ihrer Unterstützer geschwächt. Dies verstetigt undemokratische Strukturen und spielt repressiven Herrschern in die Hände.

VI. Auswirkungen auf den Aufnahmestaat Bundesrepublik

Belastung der Sozialkassen des Aufnahmestaates

Asylsuchende sind auch nach einer positiven Entscheidung trotz guten Willens oft lange von Sozialkassen abhängig, weil es ihnen oftmals an grundlegenden Sprachkenntnissen und Qualifikationen für den modernen Arbeitsmarkt fehlt.

Entzug von Fachkräften zur Versorgung von Asylsuchenden

Für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden sind eine erhebliche Anzahl von Beamten und Angestellten gebunden, die als Fachkräfte anderswo fehlen.

Bindung von Steuermitteln zur Versorgung von Flüchtlingen

Zwar wohnen Asylsuchende oft in Sammelunterkünften, durchlaufen andererseits oft lange Rechtsverfahren. Hinzu kommen Kosten für Barauszahlung, Gesundheitskosten, Infrastruktur, Deutschkurse, Beschulung minderjähriger Flüchtlinge und Personalaufwand. Bedauerlicherweise werden die Kosten nicht global erfasst, liegen aber mit Sicherheit im zweistelligen Milliardenbereich.

Belastung der Aufnahmegesellschaft

Begleiterscheinungen wie ethnische Spannungen und steigende Kriminalität mindern die Akzeptanz für die Aufnahme tatsächlich Verfolgter.

VII. Auswirkungen für Wirtschaftsflüchtlinge

Wecken falscher Hoffnungen

Durch Gerüchte und Halbwahrheiten entstehen bei Flüchtlingen unrealistische Hoffnungen, was ihre Chancen auf dauerhafte Bleibe und die alltäglichen Umstände in Europa/der Bundesrepublik betreffen.

in Verbindung damit

Lebensgefährliche Flucht nach Europa

Obwohl auch Wirtschaftsflüchtlinge wissen, dass ihr Weg mit großen Risiken verbunden ist, sind die Verlockungen so groß, dass sie das Risiko eingehen.

Finanzieller Druck auf Flüchtlingen

Eine Flucht nach Europa kostet viel Geld, was ein Flüchtling alleine oft nicht aufbringen kann. Oft legt die ganze Familie zusammen. Fremde Geldgeber betrachten den Flüchtling als Investitionsobjekt. Auf dem Flüchtling lastet nun der Druck, dieses Geld aufzubringen und seiner Familie/den Geldgebern zu senden.

Frustration durch dauerhafte Abhängigkeit vom Sozialsystem

Wirtschaftsflüchtlinge wagen den Aufbruch, um in Europa/der Bundesrepublik Arbeit zu finden. Wegen mangelnder Sprachkenntnisse, Qualifikationen und auch wegen erheblicher kultureller Unterschiede misslingt das oftmals, was zur Frustration gegenüber der Aufnahmegesellschaft führt.

VIII. Strategien

Strategien, um den für alle Seiten schädlichen Ansturm von Wirtschaftsflüchtlingen einzudämmen, basieren auf drei Ansätzen

- Fluchtanreize minimieren
- Fluchtbewegungen hemmen
- Fluchtländer stärken

Zahlung fairer Löhne/Gehälter an Produzenten in Entwicklungsländern

Die Produzenten von Herkunftsstaaten müssen klare Perspektiven im nationalen und internationalen Handel erhalten, um Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen/zu erhalten. Damit kann der Fluchtdruck gemindert werden.

Vergabe von Stipendien an junge Menschen aus Hauptfluchtländern

Dies schafft Perspektiven für potentielle Asylsuchende in deren Herkunftsländern.

Einrichtung von Aufnahmezentren für Herkunftsverschleierer auf dem Herkunftskontinent

Herkunftsverschleierer belasten die Sozialkassen erheblich. Durch Abschiebung in Länder des Herkunftskontinents könnte der Anreiz zu solchem Betrug wirksam gemindert werden.

Einheitliche Europäische Asylstandards

...zur Verminderung des Anreizes, in Ländern mit hohen sozialen Leistungen um Asyl nachzusuchen.

Europäische Quotenregelung zur Verteilung von Asylsuchenden

...als Ersatz des dysfunktionalen Dublin II-Abkommen.

Europaweite Angleichung der Schutzquoten

... zur Angleichung der Kriterien für die Gewährung von Schutz.

Durchsetzung der Dublin II-Verordnung

...solange keine verbesserte Regelung existiert.

Erfassung statistischer Daten und öffentliche Verfügbarkeit

Nur eine Erfassung aller Kosten der deutschen Flüchtlingspolitik kann dazu führen, dass die Gesellschaft offen darüber entscheiden kann, ob sie bereit ist, diese Kosten zu tragen oder nicht.

Beschleunigung der Asylverfahren

Die von der Großen Koalition beschlossene Beschleunigung der Asylverfahren auf maximal drei Monate ist zu begrüßen und deren Umsetzung einzufordern.

Zweitausbildung von Beamten zur schnellen Abarbeitung von Antragsspitzen

Beamte aus sachfremden Behörden sollten eine modulare Zusatzausbildung erhalten, um sie bei Antragsspitzen zeitweise dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstellen zu können.

Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylsuchender

Es werden seit Jahren weniger Asylbewerber abgeschoben, als Anträge abgelehnt werden. Dies liegt z.T. am Einfluss von Asyllobbyorganisationen wie Pro Asyl.

Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten

Die bisherige Liste sicherer Herkunftsstaaten umfasst fünf Staaten. Zur Beschleunigung der Asylverfahren sollte diese Liste erheblich auf die Länder ausgeweitet werden, in denen keine erkennbare Verfolgung besteht.

Erhebliche Einschränkung von Barleistungen an Asylsuchende

Rückkehr zur Ausgabe von Sachleistungen bzw. Gutscheinen.

Verschärfung der Nichtanerkennungsregeln bei Straftaten

Bisher kann einem Asylbewerber u.a. bei einer Verurteilung zu Freiheitsstrafe von 3 Jahren die Anerkennung als Flüchtling verweigert werden. Die Mindeststrafe sollte auf 6 Monate (auch zur Bewährung) gesenkt werden.

Keine stetige Ausweitung von Asylgründen

Die Gründe für Asyl dürfen nicht ständig auf weitere Gruppen wie z.B. Homosexuelle ausgeweitet werden.

Unterstützung von EU-Anrainerstaaten bei Bekämpfung Schlepperkriminalität

Dies sollte nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränkt bleiben.

Einrichtung von zentralen Prüfstellen für Asylsuchende an Hauptfluchtrouten

Die Registrierung und Vorprüfung von Asylsuchenden bereits vor den Außengrenzen der EU um riskante Überfahrten zu verhindern und die Einreise von Herkunftsverschleiern zu verhindern.

in Verbindung mit

Zurückweisung von Flüchtlingsbooten an den Gewässergrenzen

Nicht in Seenot befindliche Flüchtlingsboote müssen zur nordafrikanischen Küste zurückgeleitet werden. Die Asylsuchenden müssen dort eine zentrale Prüfstelle durchlaufen.

Anpassen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts

Die GFK muss so angepasst werden, dass Flüchtlinge in regionalen Aufnahmestaaten Schutz finden. Die regionalen Aufnahmestaaten sind personell und finanziell dabei zu unterstützen.

Bilaterale Verträge mit den nordafrikanischen Mittelmeeranrainern

Zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen über deren Länder.

Beschränkung der Entwicklungshilfe auf reine Bildungsangebote

Die klassische Entwicklungshilfe hat ihre Ziele oftmals nicht nur verfehlt, sondern auch konterkariert.

Sanktionen gegen Länder, die ihre Staatsbürger nicht zurücknehmen

Momentan nehmen 28 Länder abgelehnte Asylsuchende nicht zurück. Auf diese Länder muss Druck bis hin zu Wirtschaftssanktionen ausgeübt werden.

Nutzung von Medien in Hauptherkunftsländern

Gerüchte und Halbwahrheiten lösen Fluchtwellen von Wirtschaftsflüchtlings aus. Dem ist durch Nutzung von Medien in den Hauptherkunftsländern entgegenzuwirken.

Änderung der Subventionspraxis für Landwirte in Europa/Beendigung der Überfischung vor Afrikas Küsten

Märkte insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent müssen vor Ausbeutung und Übervorteilung geschützt werden, um potentiellen Flüchtlingen Perspektiven im eigenen Land zu eröffnen.